

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



Ergänzung zur Tagesordnung
Complément à l'ordre du jour
Complemento all'ordine del giorno

Nationalrat / Conseil national / Consiglio nazionale

Sommeression 2026

Session d'été 2026

Sessione estiva 2026

Stand / état / stato: 12.06.2026

Fragestunde vom 15.06.2026 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)

Heure des questions du 15.06.2026 (Art. 31 du Règlement du Conseil national)

Ora delle domande 15.06.2026 (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Departement für auswärtige Angelegenheiten

26.7501	DE FR IT	Fra. Golay Roger. G7-Gipfel in Évian: Wie steht es um eine mögliche Beteiligung Frankreichs an den Sicherheitskosten der Schweiz?	Kann der Bundesrat über den Stand der Gespräche zu einer Beteiligung Frankreichs an den ausserordentlich hohen Sicherheitskosten für Bund und Kantone im Rahmen des G7-Gipfels in Évian 2026 informieren? Wurde Frankreich um eine Kostenbeteiligung gebeten und wie stehen gegebenenfalls die Chancen auf ein Abkommen über die Aufteilung der Kosten?
26.7505	DE FR IT	Fra. Maitre. G7-Gipfel in Évian: Welche Kosten entstehen für die Schweiz und die Kantone?	Eingereichter Text Der G7-Gipfel vom 15. bis 17. Juni 2026 in Évian verursacht für den Bund, die Kantone Genf und Waadt sowie die Anrainergemeinden erhebliche Sicherheits-, Logistik- und Wirtschaftskosten. 1. Wie hoch schätzt der Bundesrat die Kosten und das Schadensrisiko für den Bund sowie die betroffenen Kantone und Gemeinden? 2. Wie werden diese Beträge im Hinblick auf eine Forderung zur Kostenbeteiligung dokumentiert?
26.7507	DE FR IT	Fra. Maitre. G7-Gipfel in Évian: Welche Garantien sollten von Frankreich für die Schadensbehebung verlangt werden?	Der G7-Gipfel vom 15. bis 17. Juni 2026 in Évian verursacht für den Bund, die Kantone Genf und Waadt sowie die Anrainergemeinden erhebliche Sicherheits-, Logistik- und Wirtschaftskosten. 1. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Frankreich ebenfalls für Schäden aufkommt, die durch mögliche Ausschreitungen am Rande des Gipfels auf Schweizer Boden entstehen?

26.7547	DE FR IT	Fra. Dobler Marcel. Kann der Bundesrat die grosszügige Unterstützung für die Digitalisierung der Verwaltung in der Ukraine erklären, wenn wir aus Kostendruck gleichzeitig Leuchtturmprojekte wie die e-ID kürzen?	- Kann der Bundesrat bestätigen, dass das DEZA seit 2013 die Digitalisierung der Verwaltung in der Ukraine mit insgesamt 89 Mio unterstützte, und wir gleichzeitig aus Kostendruck in der Schweiz wichtige Digitalisierungsprojekte wie die e-ID, DigiSanté und weitere kürzen oder ganz streichen? - Wie lassen sich Kürzungen bei der e-ID von 1.7 Mio, welche das Projekt verzögern können argumentieren, wenn wir im Ausland grosszügige Zahlungen leisten?
26.7597	DE FR IT	Fra. Molina. Bericht von Amnesty International zu ethnischen Säuberungen im Westjordanland	Ein neuer Bericht von Amnesty International dokumentiert intensivierte staatlich unterstützte Vertreibungen sowie mutmassliche ethnische Säuberungen im besetzten Westjordanland. - Wie reagiert der Bundesrat auf diese Vorwürfe? - Welche konkreten Massnahmen ergreift die Schweiz, um ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen wahrzunehmen und sicherzustellen, dass keine Handels-, Investitions- oder Kooperationsbeziehungen zu den dokumentierten Menschenrechtsverletzungen beitragen?
26.7600	DE FR IT	Fra. Vontobel. Bergkarabach: Umsetzung des Parlamentsauftrags gemäss Motion 24.4259	Die Motion 24.4259 verpflichtet den Bundesrat zur Organisation eines Friedensforums zwischen Aserbaidschan und den Volksvertretern der Bergkarabach-Armenier. Der Bundesrat erklärt hingegen, Armenien und Aserbaidschan lehnten ein solches Forum ab. - Weshalb weicht der Bundesrat bei der Umsetzung der Motion vom klaren Wortlaut des Parlamentsauftrags ab? - Welche Massnahmen hat er ergriffen, um die in der Motion geforderten Gespräche mit den Volksvertretern der Bergkarabach-Armenier zu ermöglichen?
26.7615	DE FR IT	Fra. Gugger. Eckwerte der IZA-Strategie 29-32	- Wo steht der Prozess zur Erarbeitung der nächsten IZA-Strategie 29-32? - An welchen inhaltlichen und finanziellen Eckwerten orientiert sich der Bundesrat und wie unterscheiden sich diese von der aktuellen Strategie?

Departement des Innern

26.7464	DE FR IT	Fra. Gutjahr. AHV 2030: Interventionsmechanismus ohne Wirkung - also zahnlos?	Der Bundesrat befürwortet laut AHV 2030 einen Interventionsmechanismus ohne automatische Massnahmen. Das Parlament soll «im ordentlichen politischen Prozess» reagieren – das kann es heute schon. Welchen Mehrwert bietet ein Interventionsmechanismus ohne Massnahmen? Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass ein Interventionsmechanismus zwingend strukturelle Massnahmen enthalten muss und nicht nur aus Zusatzfinanzierung bestehen darf?
---------	--	---	---

26.7468	DE FR IT	Fra. Wyssmann. suva.mitte@suva.ch: Franz Kafka ("Das Schloss") hätte seine helle Freude	Bei der SUVA gibt es keine fallführenden Sachbearbeiter mehr. Es gibt nur noch eine Mailadresse: suva.mitte@suva.ch. Das hat zur Folge, dass am Montag Sachbearbeiter X abnimmt, am Dienstag muss man Sachbearbeiter Y nochmals alles erklären, damit Sachbearbeiter Z am Mittwoch immer noch nichts versteht. So wird jegliche Koordination mit den Versicherten, aber auch mit anderen Versicherungen verunmöglicht. Wie lange will das BAG als operationelle Aufsichtsbehörde (20.5872) noch tatenlos zusehen?
26.7469	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 10.2.2026, A-488/2024; Erkenntnisse aus dem Beschwerdeverfahren zum Verhältnis Schweiz - Schweden: Warum hält sich das BAG nicht an die Wahrheit?	In der Verfügung vom 22.12.2023, mit welcher das BAG die vollständige Offenlegung der Impfstoffverträge verweigerte, behauptete das BAG in Erw. 2.3, dass Schweden die Offenlegung untersagte. Am 21. Dezember 2023 schrieb ein schwedischer Regierungsvertreter dem BAG genau das Gegenteil: «... Sweden will refrain from commenting on what information Switzerland can disclose in the contract in relation to Astrazeneca or other covid-19 vaccine manufacturers". Warum sagt das BAG nicht die Wahrheit?
26.7470	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 10.2.2026, A-488/2024; Erkenntnisse aus dem Beschwerdeverfahren zum Verhältnis Schweiz - Frankreich: Warum hält sich das BAG nicht an die Wahrheit?	In der Verfügung vom 22.12.2023, mit welcher das BAG die vollständige Offenlegung der Impfstoffverträge verweigerte, behauptete das BAG, dass Frankreich die Offenlegung untersagte. Aus dem im Verfahren offengelegten Mail der Vertreter von "Santé publique France" vom Mai 2023 geht nun aber lediglich hervor, warum Frankreich selber (nicht die Schweiz!) gewisse Informationen unkenntlich machte. Am 14. Dezember 2023 bestätigte Frankreich diese Position. Warum sagt das BAG nicht die Wahrheit?
26.7479	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Wer übernimmt die Haftung für Schäden oder Unfälle von WHO-Projekten?	Die WHO betreibt in der Schweiz ca. 15 sogenannte Collaborating Centers, die in bereits bestehende Schweizer Institutionen eingegliedert wurden. - Wer haftet bei Unfällen, medizinischen Schäden, ökonomischen oder juristischen Forderungen (wie Patentrechtverletzungen) für ein Collaborating Center? - Die WHO, das Collaborating Center selber, die Standort-Kantone oder der Schweizer Staat? - Kann die WHO bei Fehlern, Unfällen und Schäden schadenersatzpflichtig gemacht werden? Falls ja, von wem und wie?
26.7481	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Wer trägt die Kosten für die WHO Collaborating Centers?	- Trägt die Schweiz oder die WHO die Kosten für Unterhalt, Ausbau, Schulung und Kommunikation der WHO Collaborating Centers? Gestützt auf welche rechtlichen Grundlagen? - Wie hoch werden gesamthaft die Kosten geschätzt, die für den Unterhalt der WHO Collaborating Centers anfallen? - Weisen die Collaborating Centers diese Kosten in ihrer Jahresrechnung gesondert aus? Falls nein, warum nicht? - Wo werden die Kosten auf Bundesebene aufgeführt?

26.7487	DE FR IT	Fra. Weichelt. Unterschiede der PFAS-Belastung zwischen Bio- und konventionellen Produkten	Auf meine Frage 25.8158 schreibt der Bundesrat, dass sich die Eintragswege von TFA in Lebensmitteln je nach Standort unterscheiden. So zeigt eine Studie aus Oberösterreich (GLOBAL 2000), dass Zerealien aus konventionellem Anbau dreimal höher mit TFA belastet sind als Bio-Zerealien. Das BLV untersucht 2026 PFAS (u.a. TFA) in pflanzlichen Lebensmitteln. - Vergleicht das BLV auch gezielt den PFAS-Gehalt der Produkte von verschiedenen Label-Produzenten? - Falls ja, bis wann? Falls nein, warum nicht?
26.7489	DE FR IT	Fra. Vontobel. Verhalten von mRNA-Partikeln im menschlichen Körper	Auf die Frage 26.7206 antworteten Bundesrat/BAG, dass die Partikel, welche die mRNA transportieren, grösstenteils an der Einstichstelle und in lokalen Lymphknoten verbleiben. 1. Weshalb verbleiben mRNA-Partikel grösstenteils an der Einstichstelle und in lokalen Lymphknoten? Laut Bundesrat ist dieser Aspekt von Impfstoffen Gegenstand der Forschung und wird von den Behörden aufmerksam verfolgt. 2. Welche Studienprogramme in der Schweiz untersuchen diesen Gegenstand? Wo sind die Ergebnisse einsehbar?
26.7490	DE FR IT	Fra. Vontobel. Nachweis und Verbleib von Spikeproteinen nach mRNA-Impfungen	1. Mit welchen Labormethoden kann untersucht werden, ob und gegebenenfalls in welchen Organen Spikeproteine nach einer mRNA-Impfung nachweisbar sind? 2. Wurden solche Untersuchungen während der Covid-19-Pandemie vorgenommen? Wenn ja, von welcher Behörde und sind die Berichte öffentlich zugänglich? 3. Gibt es Berichte der Impfstoffhersteller, wonach die Spikeproteine nur an der Einstichstelle und in den Lymphknoten verbleiben? 4. Wie kann ein möglicher Impfschaden labortechnisch festgestellt werden?
26.7491	DE FR IT	Fra. Masshardt. Wiederaufnahme der PFAS-Gesundheitsstudie?	Mehreinnahmen von 2.1 Milliarden Franken haben die finanzielle Lage des Bundes deutlich entspannt. Eine langjährige Schweizer Gesundheitsstudie zur Belastung der Bevölkerung mit PFAS wurde im letzten Jahr jedoch aus Kostengründen gestrichen. Bezüglich der Belastung durch PFAS-Chemikalien werden jedoch immer mehr beunruhigende Zahlen bekannt. Ist der Bundesrat angesichts der entspannteren Finanzlage gewillt, auf den Entscheid zur Streichung der Langzeitstudie zurückzukommen?
26.7495	DE FR IT	Fra. Feller. Anpassung der Arzneimittelpreise im Rahmen der Zollverhandlungen mit den Vereinigten Staaten	In einem NZZ-Artikel vom 10. Mai 2026 erklärte die Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft Helene Budliger Artieda, dass die Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung und der Krankenpflege-Leistungsverordnung bezüglich der Festsetzung der Arzneimittelpreise im Rahmen der Zollverhandlungen mit den Vereinigten Staaten nicht sehr hilfreich gewesen sein soll. Ist der Bundesrat angesichts der Ungewissheit bereit, diese Revision auszusetzen oder zumindest bestimmte Teile davon bis zum Abschluss der laufenden Verhandlungen aufzuschieben?

26.7497	DE FR IT	Fra. Gafner. Gefährdung der Öffentlichkeit durch militärische Forschung an Viren	- Hat das BAG in den Jahren 2020-2023 zum Thema SARS Covid-19 die Möglichkeit in Betrachtung gezogen, dass es sich beim Ausbruch in WUHAN um einen Laborunfall gehandelt hatte? - Ist es richtig, dass sich im Jahre 2020 das CDC Wuhan Laboratory in unmittelbarer Nähe der Ausbruchsstelle in Wuhan befand? - Ist es richtig, dass in den Jahren 2019/2020 am CDC Wuhan Laboratory mit SARS-Covid Viren geforscht wurde?
26.7498	DE FR IT	Fra. Gafner. Was steht in einem WHO-Arbeitsplan	In den Terms & Conditions für WHO Collaborating Centers wird mehrmals gefordert, dass eine vertragstreue und unverzügliche Umsetzung des WHO-Arbeitsplans gefordert wird. - Was ist ein Arbeitsplan? - Sind diese öffentlich ersichtlich, wenn ja wo? - Wenn nein - kann das BAG vergangene Beispiele zur Verfügung stellen?
26.7502	DE FR IT	Fra. Weichelt. Kosten und Nutzen eines Humanbiomonitorings - drückt sich der Bundesrat vor klaren Aussagen?	Der Bundesrat schrieb auf meine IP 26.3281, dank eines HBM wäre die Belastung der Bevölkerung durch PFAS früher sichtbar geworden. Der monetäre Beitrag eines HBM an die Vermeidung von PFAS-bedingten Gesundheitskosten lasse sich aber nicht beziffern. Diese Kosten beziffert er im Postulatsbericht Moser mit jährlich 1-1.6 Milliarden CHF. Ein HBM würde jährlich 10 Millionen CHF kosten und weit mehr als nur PFAS abdecken. Kann der BR wenigstens abschätzen, ob der «return on investment» positiv wäre?
26.7533	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Stehen die WHO Collaborating Centers in Widerspruch zu Schweizer Gesetzen?	In den Terms & Conditions für WHO Collaborating Centers wird erwähnt, dass eine vertragsgetreue Umsetzung des WHO Arbeitsplans gefordert wird. 1. Weshalb und nach welchem Gesetz sind die Collaborating Centers in der Schweiz verpflichtet die Vorgaben der WHO fristgerecht durchzusetzen? 2. Werden Daten von Schweizer Bürgern an die WHO überwiesen? 3. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass hier die Kontrolle über einen zentralen Lebensbereich an eine supranationale Organisation ausgelagert wird?
26.7536	DE FR IT	Fra. Chollet. PFAS: Ist das Mischen belasteter Produkte kompatibel mit der Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft?	Der Bundesrat hat bekannt gegeben, wie die Motion 25.3421 umgesetzt werden soll. Es ist vorgesehen, dass während einer Übergangsfrist von 3 Jahren Produkte, die die PFAS-Höchstgehalte überschreiten, mit anderen Produkten vermischt werden dürfen. - Ist diese Massnahme kompatibel mit der Qualitätsstrategie der Schweizer Landwirtschaft? - Ist es sinnvoll, das Vermischen von einwandfreien Produkten, die aus der überwiegenden Mehrheit der Betriebe stammen, mit den PFAS-belasteten Produkten, die aus nur wenigen Betrieben kommen, zuzulassen?

26.7537	DE FR IT	Fra. Mahaim. PFAS in der Landwirtschaft und Vorsorgeprinzip	Artikel 148a des Landwirtschaftsgesetzes sieht vor, dass Vorsorgemassnahmen ergriffen werden können, wenn in der Landwirtschaft eingesetzte Mittel oder Materialien die Gesundheit oder die Umwelt ernsthaft gefährden können und dazu keine ausreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen. - Ist es angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den PFAS vorgesehen, diesen Artikel auf die mehr als 200 Pflanzenschutzmittel anzuwenden, die PFAS enthalten? Falls ja, wann? Falls nein, warum nicht?
26.7552	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Wurden Chargen von Covid-19 Impfstoffen einzeln untersucht?	Laut Art. 17 Heilmittelgesetz muss die Sicherheit der einzelnen ausgelieferten Chargen eines Medikaments überprüft und freigegeben werden. - wurden bei den Impfstoffen Comirnaty/Spikevax/Nuvaxovid einzelne Chargen überprüft? - Gab es Fälle wo die Charge nicht freigegeben wurde? Wenn ja, welche? - Stehen beim Heilmittelinstitut diese drei Impfstoffe auf der Liste für Arzneimittel, für deren Vertrieb eine Chargenfreigabe erforderlich ist?
26.7553	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Anzahl Nebenwirkungen, die sicher festgestellt werden können	Auf die Frage 25.7970 gibt der Bundesrat zur Antwort, dass nur 5% der Nebenwirkungen überhaupt gemeldet werden, in der Antwort auf die Interpellation 25.3202 sagt der Bundesrat, dass das EDI bis Februar 2025 370 Gesuche um Entschädigung nach Schaden durch Impffolgen behandelt hat. Das bedeutet, dass mindestens 7400 Menschen in der Schweiz Nebenwirkungen durch die mRNA-Impfung erlitten haben. Teilen Bundesrat und BAG diese Berechnung und kann man den Anmeldeprozess auf der Homepage verbessern?
26.7556	DE FR IT	Fra. Jost. Wann schafft der Bund Klarheit im Umgang mit PFAS-belasteten Lebensmitteln?	Laut Bericht zum Postulat 22.4585 wurde Ende 2024 eine Arbeitsgruppe gegründet mit dem Ziel, ein einheitliches Vorgehen bei Überschreitungen von PFAS-Grenzwert in Lebensmitteln zu erarbeiten. Das Beispiel «Fische» zeigt jedoch, dass immer noch ein Flickenteppich besteht, aus lokalen Fangverböten, kantonalen Empfehlungen usw. - Wer ist in der PFAS-Gruppe dabei und was ist der Stand der Arbeiten? - Bis wann können Kantone, Gemeinden und die Bevölkerung mit Entscheidungen und Vollzugshilfen rechnen?
26.7596	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Wie wichtig ist der Überblick über Tiernamen, im Vergleich zu einem Überblick über die Gründe für den Rückzug von Pflanzenschutzmitteln?	Auf die Frage 26.7104 schreibt der Bundesrat: «Die Gründe für den Rückzug von 100 Pflanzenschutzmittel-Zulassungen zu eruieren und zusammenzustellen, ist mit sehr grossem Aufwand verbunden.» Im Rahmen der Fragestunde sei es nicht möglich, die Frage zu beantworten. Der Bund unterstützt eine öffentliche Datenbank mit Nutztier-Namen (2012 gab es 615 Stierkälber namens Leo), kann innert Tagen aber nicht sagen, warum die Zulassung von 100 Pestiziden aberkannt wurde? Was sind die Gründe dafür?

26.7602	DE FR IT	Fra. Rechsteiner Thomas. Finanzierung der Leistungen von Advanced Practice Nurses (APN)	Gemäss Medienmitteilung vom 20. Mai 2026 hat der Bundesrat das EDI beauftragt, eine KVG-Änderung auszuarbeiten, damit die von APN erbrachten Leistungen künftig von der OKP übernommen werden können. - Beabsichtigt der Bundesrat im Rahmen dieser vorgesehenen KVG-Änderung eine einheitliche Finanzierung von APN-Leistungen in allen Settings, d.h. Arztpraxen, Pflegeheimen, Spitälern oder Spitex-Settings? - Wenn nein, weshalb wird das nicht in allen Settings vorgenommen?
26.7617	DE FR IT	Fra. Knutti. Irreführende Vergleiche mit dem britischen Gesundheitssystem von BR Jans	1. Trotz hoher Ärzte- und Pflegedichte konzentrieren sich Leistungserbringer auf urbane Zentren, während Randregionen unterversorgt bleiben. Welche konkreten Anreize will der Bundesrat mit den Kantonen schaffen, um diese Fehlverteilung zu korrigieren? 2. Hält der BR Vergleiche zwischen dem britischen NHS und dem Schweizer Gesundheitssystem überhaupt für sachlich vertretbar? 3. Wie haben sich in England seit 1990 die Sterblichkeitsraten und Wartezeiten im Gesundheitswesen jährlich entwickelt?
26.7618	DE FR IT	Fra. Knutti. Was ist der Grund für den schweren Geburtenrückgang in der Schweiz?	Die Schweiz erlebte in den letzten Jahren einen massiven Rückgang von Geburten, im Jahr 2022 von bis zu 13,7% zum Beispiel in der Stadt Zürich. Dies ist der stärkste Geburtenrückgang seit über 100 Jahren. Die gleichen Zahlen zeigen sich in allen Bevölkerungsschichten- und sozialen Gruppen. Ebenfalls in den meisten anderen Ländern. - Was ist laut BAG die Begründung für den massiven Geburtenrückgang? - Welche wissenschaftlichen Untersuchungen wurden dazu angestellt, wo kann man diese nachlesen?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

26.7461	DE FR IT	Fra. Feller. Hat die Post den Bundesrat über die Folgen ihrer Strategie zur Schaffung von IT- Arbeitsplätzen in Portugal in die Irre geführt?	In seiner Antwort vom 25. Februar 2026 auf die Interpellation 25.4575 schrieb der Bundesrat: «Die Post plant einen Ausbau ihres IT-Standorts in Lissabon, was aber keine Kündigungen in der Schweiz resp. Verlagerung von Arbeitsplätzen zur Folge haben soll.» Laut einem Artikel in Le Temps vom 4. Juni 2026 plant die Post jedoch, in der Schweiz rund 60 IT-Stellen abzubauen. Wann hat die Post den Bundesrat über den Abbau von IT-Stellen in der Schweiz informiert?
26.7465	DE FR IT	Fra. Marchesi. Weitere Entlassungen bei der Post Gedenkt der Bundesrat, seine Rolle als Alleinaktionär endlich wahrzunehmen?	Der Bundesrat hatte im Jahr 2022 versichert, dass der IT-Campus der Post in Lissabon zu keiner Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland führen werde, sondern dass vielmehr in der Schweiz 200 neue Arbeitsplätze im IT-Bereich geschaffen würden (22.3945). Nun teilt die Post mit, dass sie rund 60 IT-Stellen in der Schweiz abzubauen plant. Gedenkt der Bundesrat, dem Verwaltungsrat der Post endlich zu verbieten, Arbeitsplätze abzubauen und ins Ausland zu verlagern, und damit seine Rolle als Alleinaktionär wahrzunehmen?

26.7471	DE FR IT	Fra. Blunschy. Providerwechsel ohne Verlust der E-Mail-Adresse	Viele Kundinnen und Kunden bleiben faktisch bei Internet-/Telekomanbietern, weil sie ihre providergebundene E-Mail-Adresse nicht verlieren wollen. Das erschwert den Anbieterwechsel und kann den Wettbewerb schwächen. Wie beurteilt der Bundesrat ein Recht auf Mitnahme oder zumindest Weiterleitung solcher E-Mail-Adressen analog zur Rufnummernportierung, und welche Abklärungen plant er?
26.7472	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. PFAS sind in aller Munde – wer arbeitet an Analysen, wer an Lösungen?	PFAS belasten Schweizer Böden, Gewässer, Trinkwasser, Nahrungsmittel. Praktisch täglich vermeldet eine Gemeinde hohe Belastungswerte und kostenintensive Sanierungsprojekte. Derzeit suchen Akteure in verschiedensten Bereichen nach einem Überblick, nach Alternativen für PFAS, nach Lösungen für kontaminierte Böden, Gewässer, Trinkwasser oder Lebensmittel etc. • Welche sind diesbezüglich die wichtigsten Akteure in der Schweiz? • Wie bindet der Bundesrat diese Akteure ein?
26.7475	DE FR IT	Fra. Sormanni. Entlassung eines Mitarbeiters der Schweizerischen Post aufgrund seiner beruflichen Leistungsfähigkeit	Dieser Fall wirft Fragen auf hinsichtlich des Personalmanagements in einem Unternehmen, das im Eigentum des Bundes ist. - Sind dem Bundesrat dieser Fall und die Umstände der Entlassung von Herrn Jean-Daniel Tavernay bekannt? - Beabsichtigt der Bundesrat, die Post um eine unabhängige Untersuchung dieses Falls zu ersuchen, um sicherzustellen, dass die Kündigungsgründe nicht im Widerspruch zu den Werten des Service public stehen, denen die Post verpflichtet ist?
26.7496	DE FR IT	Fra. Portmann Barbara. PFAS in Schweizer Gewässern, Böden, Trinkwasser und Lebensmitteln – stimmt der Bundesrat den Forderungen der Verbände aus diesen Bereichen zu?	Verbände aus den Bereichen Fischerei, Trinkwasser und Gewässerschutz beobachten die zunehmende Belastung von Gewässern mit PFAS mit Sorge. Aus ihrer Sicht ist es entscheidend, rasch und koordiniert zu handeln, um eine weitere Anreicherung von PFAS in Mensch und Umwelt zu verhindern und langfristige Schäden zu vermeiden. - Was bedeutet die PFAS-Belastung für Kantone und Gemeinden? - Stimmt der Bundesrat den Forderungen ihrer Resolution zu? Wenn ja, was tut er diesbezüglich? Wenn nein, warum nicht?
26.7500	DE FR IT	Fra. Bally. Wie setzen sich die Gesundheitskosten für die Folgen der PFAS-Exposition in der Höhe von bis zu 1.6 Milliarden Franken in der Schweiz zusammen?	Der Bundesrat schreibt in seinem Bericht in Erfüllung des Postulates 22.4585 Moser, betreffend einem Aktionsplan zum Umgang mit PFAS, «die gesundheitsbezogenen Gesamtkosten im Zusammenhang mit der Exposition gegenüber PFAS» würden umgerechnet auf die Schweiz jährlich 1-1.6 Milliarden Franken betragen. - Wie setzen sich diese Kosten zusammen bzw. wo fallen sie an? - Wer trägt diese Kosten und zu welchen Anteilen?

26.7506	DE FR IT	Fra. Brizzi. Welche Übergangsfristen und Ausnahmen plant der Bundesrat bei der Beschränkung von HFO-Gasen und weshalb?	Auf meine Frage 26.7078 zur Beschränkung von HFO-Gasen schreibt der Bundesrat, die neuen Regelungen führten dazu, dass ab 2027 HFO-Kältemittel in bestimmten Kühlgeräten im Haushalt, Kälte- und Klimaanlage sowie Wärmepumpen nicht mehr verwendet werden dürfen. Angesichts der im Postulatsbericht 22.4585 erwähnten Herausforderungen und Kosten betreffend PFAS: - Welche Übergangsfristen und Ausnahmen plant er? Warum? - Wie viel TFA wird deshalb weiter in die Atmosphäre entweichen, absolut und relativ?
26.7512	DE FR IT	Fra. Berli Rudi. Flächenbedarf für die Projekte betreffend den Autobahn-Spurausbau	Wie hoch ist der Flächenbedarf für die Projekte betreffend den Autobahn-Spurausbau des für 2027 geplanten Ausbaus (Perly/Bernex und Aarau Ost/Birrfeld) und die acht in der Vernehmlassungsvorlage «Verkehr '45» vorgesehenen Projekte?
26.7515	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Wann werden die angekündigten Messungen der Mikroverunreinigungen durchgeführt und die Ergebnisse publiziert?	In seiner Stellungnahme zur Interpellation 25.3433 schreibt der Bundesrat: «Aktuell laufen Messungen, um eine schweizweite Übersicht zu den Mikroverunreinigungen im Abwasser zu erhalten.» - Wann werden diese Messungen durchgeführt und die Ergebnisse publiziert? - Wie lassen sich neben den Messungen im Abwasser Einträge für Mikroverunreinigungen aus anderen Verschmutzungsquellen ermitteln, messen und beschreiben?
26.7516	DE FR IT	Fra. Schaffner. Trittbrettfahren bei Copernicus	Der Bundesrat stösst mit seinem Entscheid, sich 2028-2032 nicht an Copernicus zu beteiligen, EU, ESA und auch das Parlament vor den Kopf. - Wieso gewichtet der BR die Kosten für das Programm höher als den volkswirtschaftlichen Nutzen eines Beitritts (gemäss Studie von Swiss economics)? - Werden die europäischen Partner die Schweiz weiterhin als Trittbrettfahrerin akzeptieren? - Welche Gefahren entstehen durch einen eingeschränkten Datenzugang? - Was passiert, wenn Mo 24.3717 überwiesen wird?
26.7583	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Verzicht der Schweiz auf die Teilnahme am Copernicus-Programm: Warum sabotiert der Bundesrat den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Schweiz?	Der Bundesrat hat soeben beschlossen, dass die Schweiz nicht am Copernicus-Programm teilnehmen wird. Der Expertenbericht zur Teilnahme der Schweiz kommt jedoch zu folgendem Schluss: «Der erwartete Nutzen – etwa durch besseren Zugang zu Ausschreibungen, erhöhter Planungssicherheit für Forschung und Unternehmen sowie effizienteren Umweltvollzug – übersteigt die jährlichen Beitritts- und Vollzugskosten voraussichtlich deutlich.» Warum schwächt der Bundesrat die wissenschaftliche und wirtschaftliche Stellung der Schweiz sowie das Management von Naturgefahren?

26.7517	DE FR IT	Fra. Schlatter. PFAS-Verschmutzung Thur, Bodensee und Rhein	Das Urteil gegen Amcor wegen wissentlicher PFAS-Einleitung in Schweizer Gewässer resultierte in einer Busse von 5'000 CHF und Ersatzforderungen von 28'000 CHF. Australien klagt zeitgleich gegen 3M wegen PFAS-Verschmutzung auf 1,2 Milliarden Euro. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass das geltende Schweizer Recht eine ausreichende Abschreckungswirkung gegenüber wissentlicher industrieller Umweltverschmutzung entfaltet? Wenn nein: Welche Massnahmen prüft er?
26.7521	DE FR IT	Fra. Kälin. Wie erklärt der Bundesrat die unterschiedlichen Angaben zur Zahl relevanter PFAS-Verbindungen?	Der Bundesrat hat im Zusammenhang mit PFAS wiederholt von tausenden chemischen Verbindungen gesprochen, die es zu berücksichtigen gelte (z.B. 26.7093 , 26.3277 , 25.7744). Laut wissenschaftlichem Factsheet der SCNAT sind aber nur einige hundert für die Schweiz auch tatsächlich relevant. - Wie kommen diese unterschiedlichen Aussagen zustande? - Welche Zahl ist bezüglich der PFAS-Regulierung in der Schweiz heute massgebend und warum? - Welche Ziele verfolgt der Bundesrat mit seiner Kommunikation?
26.7522	DE FR IT	Fra. Roduit. Wird die Motion betreffend Wasserkraftwerke mit privaten Wasserrechten endlich umgesetzt?	Seit einem Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 2019 sind die Investitionen in die ökologische Erneuerung oder Sanierung von Wasserkraftwerken mit ehehaften Wasserrechten blockiert. Die Motion 23.3498 zielt darauf ab, diese Blockade zu beseitigen. Der zweite Punkt der Motion wurde im Nationalrat und im Ständerat angenommen. Im Herbst 2025 fand eine Vernehmlassung statt, doch seitdem herrscht Stillschweigen. Wann ist mit einem überarbeiteten Vorschlag des Bundesrates gemäss dem Auftrag der Motion zu rechnen?
26.7523	DE FR IT	Fra. Feller. Kriterien für die Umwandlung von Poststellen	Gemäss der Strategie betreffend die Netzentwicklung 2025–2028 (Stand: 29. Oktober 2024) gehört die Poststelle in Cully (Bourg-en-Lavaux, VD) – einem Ort, der laut kantonalem Richtplan ein regionales Zentrum ist und in einer Gemeinde mit rund 5500 Einwohnerinnen und Einwohnern liegt – zu den Poststellen, die potenziell von einer Umwandlung betroffen sind. Poststellen wie diejenige in Vuadens (FR), einer Gemeinde mit rund 2500 Einwohnerinnen und Einwohnern, bleiben allerdings bestehen. Was rechtfertigt diese unterschiedliche Vorgehensweise?
26.7527	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggin. Bei unseren Nachbarländern ist der Verlust der Artenvielfalt die Hauptursache für den Rückgang der Insektenbiomasse – trifft das auch auf die Schweiz zu?	Langzeitdaten aus Deutschland deuten darauf hin, dass der Rückgang der Insektenbiomasse nicht auf das Verschwinden einzelner Individuen derselben Art zurückzuführen ist, sondern schlicht und einfach auf das Verschwinden ganzer Arten. Die Biomasse verteilt sich somit auf eine immer geringere Anzahl von Arten, was die Stabilität der Ökosysteme beeinträchtigt. - Wie ist die Situation in der Schweiz? - Welche Massnahmen haben sich als wirksam erwiesen, um das Aussterben von Arten zu verhindern? Welche nicht?

26.7529	DE FR IT	Fra. Feller. Festlegung der Häufigkeit von Auszahlungen über PostFinance für Händlerinnen und Händler	- Ermöglicht die PostFinance, die sich zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes befindet, den Händlerinnen und Händlern, die Häufigkeit von Auszahlungen bei Transaktionen mit der PostFinance Card selbst zu bestimmen? - Falls nein: Hält es der Bundesrat für sinnvoll, dass die PostFinance – wie gewisse private Anbieter – verschiedene Auszahlungsmodalitäten (täglich, wöchentlich oder monatlich) anbietet, um den Verwaltungsaufwand für KMU zu verringern?
26.7540	DE FR IT	Fra. Chollet. Was lernen wir am Beispiel der Ukraine für die Bewertung des nuklearen Risikos in der Schweiz?	Die UNO hat kürzlich vor den wachsenden nuklearen Risiken in der Ukraine gewarnt. Beim Kernkraftwerk Saporischschja kommt es vermehrt zu Stromausfällen und es ist dauerhaft gefährdet. Zudem nehmen die Drohnenangriffe in Saporischschja und Tschernobyl zu. In der Schweiz wird derzeit über den Bau von neuen Kernkraftwerken diskutiert. Welche Rolle spielt das Beispiel der Ukraine bei der Bewertung der Risiken für die Schweiz im Falle eines Konflikts oder eines Angriffs?
26.7562	DE FR IT	Fra. Andrey. Einsparungspotenzial durch Anpassung der Kompensationssätze in der CO2-Verordnung	«Der Bundesrat steht unter Handlungsdruck, um die Klimaziele 2030 zu erreichen. Wenn er Art. 89 der CO₂-VO dahingehend ändern würde, dass die Kompensationssätze auf das gesetzlich zulässige Maximum erhöht würden, wie viel Geld könnte der Bund sparen im Vergleich zum Zukauf von weiteren CO₂-Zertifikaten durch den Bund?»
26.7563	DE FR IT	Fra. Schlatter. Ölheizungen zum Aktionspreis machen sie "wirtschaftlich tragbar" und hebeln so die MuKen aus. Was macht der Bundesrat dagegen?	Mehrere Kantone erlauben den Einbau fossiler Heizsysteme nur als Ausnahme, wenn ein Lebenszykluskostenvergleich belegt, dass erneuerbare Alternativen teurer sind. Die Firma Elco bewirbt derzeit Ölbrenner mit Aktionspreisen und Rückkaufprämien für Frühsanierer und verschiebt damit gezielt diesen Kostenvergleich zugunsten fossiler Systeme. Sieht der Bundesrat Handlungsbedarf, damit eine solche Preisgestaltung von Verkäufern fossiler Heizsysteme die kantonalen Gesetze nicht aushebeln kann?
26.7566	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Sicherheit der Kernkraftwerke im Fall von Terroranschlägen und kriegesischen Angriffen	Im Mai beschädigte eine Drohne einen Kernreaktor in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dies hat zu Bedenken in Bezug auf die Sicherheit von Kernkraftwerken in Kriegszeiten geführt. - Werden die Risiken im Zusammenhang mit den Terroranschlägen und den kriegesischen Angriffen in den probabilistischen Sicherheitsanalysen des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats berücksichtigt? - Falls nicht, wäre es nicht sinnvoll, die Risikowahrscheinlichkeit für Angriffe auf kritische Infrastrukturen auch für die Kernkraftwerke zu berechnen analog zur Berechnung der Risikowahrscheinlichkeit in der Armeebotschaft 2024?

26.7568	DE FR IT	Fra. Schlatter. Einstufung von Trifluoressigsäure (TFA) als vermutlich reproduktionstoxisch beim Menschen	Laut Medienmitteilung von PAN-Europe hat die Europäische Chemikalienagentur ECHA die Einstufung von Trifluoressigsäure (TFA) als vermutlich reproduktionstoxisch beim Menschen bekanntgeben (toxic to reproduction (Category 1B), «may damage the unborn child» and is «suspected of damaging fertility»). Was bedeutet diese Einstufung für die Schweiz, generell und insbesondere mit Blick auf die TFA-Werte im Grundwasser von Ackerbaugebieten, die an 60% der NAQUA-Messstellen zwischen 1 und 5 µg/l liegen?
26.7579	DE FR IT	Fra. Roth David. Selbstbeschränkung der SRG	- Wurde der Bundesrat vor Abschluss der Vereinbarung zwischen SRG und Verlegern konsultiert, obwohl diese die wesentliche Elemente des Leistungsauftrags und der Angebotsstrategie der konzessionierten SRG betrifft? - Falls ja, was war die Position des Bundesrats? Falls nein: Weshalb nicht? - Ist er der Auffassung, dass eine überwiegend gebührenfinanzierte Institution ohne vorgängige Bestimmung des Leistungsauftrages Vereinbarungen abschliessen darf, die den Umfang ihres Angebots beschränken?
26.7580	DE FR IT	Fra. Roth David. Wettbewerbsverzerrung wegen Vereinbarung der SRG mit den Verlegern?	- Wie stellt der Bundesrat sicher, dass aus der SRG-Vereinbarung nicht vor allem grosse Verlagshäuser profitieren, während kleinere, unabhängige und neue Medienunternehmen von Leistungen ausgeschlossen bleiben? - Wie beurteilt er die dadurch entstehenden Wettbewerbsverzerrungen zulasten dieser Anbieter und welche Massnahmen sieht er, um deren gleichberechtigten Zugang zu sichern?
26.7582	DE FR IT	Fra. Roth David. Vereinbarung SRG und Verleger - Wie viel Gebührengeld fliesst ab und wohin?	Wie hoch waren die Marketingausgaben der SRG für Online- und Social-Media-Angebote in den Jahren 2023, 2024 und 2025, welcher Anteil davon wird aufgrund der Vereinbarung künftig bei Schweizer Medienhäusern oder deren Vermarktungsorganisationen gebucht, und welche Unternehmen haben seit Inkrafttreten der entsprechenden Bestimmung Zahlungen in welcher Höhe erhalten?
26.7595	DE FR IT	Fra. Jauslin. Die Zulassungspolitik des Bundes wird für Private, Gemeinden und Kantone zu einer riesigen Last – was tut er dagegen und bis wann?	Auf meine Frage 26.7263 schreibt der Bundesrat, <i>viele PFAS-Belastungen stammten aus diffusen Quellen. Eine «Verunreinigung einzelnen Verursachern individuell zuzuordnen» sei meist unmöglich. Oft bleibe nur der Zustandsstörer, bei öffentlichen Böden/Gewässern das Gemeinwesen, bei privaten Grundstücken die Eigentümer.</i> - Inwiefern steht der Bundesrat, der die PFAS zur Anwendung zulässt, in der Verantwortung? - Wie begründet er seine Zulassungspolitik gegenüber Gemeinden, Kantonen und Steuerzahlenden?

26.7599	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Windenergie: Das 4P-Geschäftsmodell ("public pays private profits") am Beispiel Windpark Grenchenberg	Beim bewilligten Windpark Grenchenberg erhalten die Stadtwerke Grenchen während min. 5 Jahren 21.5 Rp. / kWh und dann während max. 15 Jahren 13.5 Rp./kWh KEV. Bei 30 GWh Jahresproduktion und einer Investition von CHF 34 Mio. können so KEV-Förderbeiträge von rund 100 - 135 Mio. Franken generiert werden. Das sind min. 66 Mio. CHF Gewinn für die Stadtwerke, die der Stromkonsument bezahlen muss. Wie beurteilt der Bundesrat diese Berechnung und diese unfassbar hohe Abzocke?
26.7603	DE FR IT	Fra. Schmezer. Warum eine Senkung auf präzis 300.-?	Der Bundesrat hat die IP 26.3387 unvollständig beantwortet: Im Entscheid vom 7.9.22 hat der BR nur die "Eckwerte" festgelegt. Wie schliesst der Bundesrat aufgrund von «Eckwerten» auf eine Senkung von exakt 35.- auf 300.- Serafe-Abgabe?
26.7605	DE FR IT	Fra. Schmezer. Warum hat der BR gegen den Wortlaut des Gesetzes entschieden?	Der Bundesrat hat die IP 26.3387 unvollständig beantwortet: Warum hat der Bundesrat bei der Senkung der Serafe-Gebühr auf 300.- entgegen dem unmissverständlichen Wortlaut von Art. 68a RTVG entschieden (Wortlaut = zuerst wird in der Konzession der Programmauftrag definiert, anschliessend kann der Bundesrat die Abgabe für Haushalte und Unternehmen bestimmen)?
26.7606	DE FR IT	Fra. Schmezer. Warum hat der BR nicht auf die Überarbeitung der Konzession gewartet?	Der Bundesrat hat die IP 26.3387 unvollständig beantwortet: Aus welchen konkreten Gründen hat der Bundesrat nicht das Resultat der Überarbeitung der Konzession abgewartet, bevor er die Serafe-Gebühr senkt?
26.7611	DE FR IT	Fra. Schmezer. Welche "Debatte" meine der Bundesrat?	Der Bundesrat hat die IP 26.3387 unvollständig beantwortet: Eine Debatte im Rat findet per Definition vor einem Entscheid statt: Welche Debatte im Rat vor dem Senkungsentscheid der Haushaltsabgabe auf 300.- per VO meint der Bundesrat?
26.7609	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Ist die vom Bundesrat erstellte Kostenabschätzung für PFAS- Sanierungen angesichts der steigenden Anzahl Sanierungsfälle realistisch?	Auf meine Ip. 25.4285 meinte der Bundesrat, die Kostenschätzung von 26 Milliarden CHF für PFAS-Sanierungen, in 20 Jahren, decke sich in etwa mit seiner eigenen Prognose. - Weiss der Bund, wie hoch die Kosten der bisherigen PFAS-Sanierungsfälle sind? Falls ja, wie hoch sind sie? Falls nein, bis wann verschafft er sich einen Überblick? - Angesichts der zunehmenden PFAS-Sanierungsfälle, die in Kantonen und Gemeinden bekannt werden, ist seine Prognose noch realistisch oder muss sie korrigiert werden?
26.7614	DE FR IT	Fra. Wismer Priska. Verzögerung der Initiativen gegen Wind	Im Okt.'25, schrieb der BR zu den Initiativen gegen Windenergie: «Die Übergangsbestimmungen (Rückbau für nach dem 1. Mai 2024 erstellte Anlagen) schaffen grosse Rechtsunsicherheit. Der BR will deshalb rasch Klarheit über den Ausgang dieser Initiativen erhalten und sie so schnell wie möglich dem Parlament überweisen. Das UVEK wird dem Bundesrat bis Mai 26 die Botschaften zu den Initiativen vorlegen.» Wie erklären Sie, dass diese erst im Juni kam und dadurch eine Behandlung im Q3 unmöglich ist?

26.7619	DE FR IT	Fra. Gantenbein. Wie steht der Bundesrat zur «Stockholm Declaration on Chemistry for the Future»?	Die « Stockholm Declaration on Chemistry for the Future » wurde von Hunderten Expertinnen unterzeichnet, auch solchen der renommierten Schweizer Forschungsinstitute EAWAG, ETH und EPFL. Sie fordert, dass staatliche Massnahmen gezielt sichere und nachhaltige Chemie fördern und schädliche Industriepraktiken verhindern. Unterstützt der Bundesrat die Forderungen dieser Deklaration: Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welche konkreten Massnahmen leitet er daraus ab und bis wann will er sie umgesetzt haben?
---------	--	---	---

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

26.7484	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Sollten bei Rüstungsbeschaffungen nicht die besten Systeme beschafft werden, anstatt geografische Regionen als Kriterien zu bewerten? (1)	Mit der neuen Rüstungsstrategie legt der Bundesrat fest, in welchen Regionen wie viele Rüstungsgüter beschafft werden dürfen. - Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass für die Landesverteidigung prinzipiell nur die besten Systeme beschafft werden sollen? - Stellt der Bundesrat bei einer geografischen Priorisierung anstatt einer qualitativen Priorisierung nicht die Sicherheit der Schweiz in Frage?
26.7485	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Sollten bei Rüstungsbeschaffungen nicht die besten Systeme beschafft werden, anstatt geografische Regionen als Kriterien zu bewerten? (2)	Mit der neuen Rüstungsstrategie legt der Bundesrat fest, in welchen Regionen wie viele Rüstungsgüter beschafft werden dürfen. Besteht nicht die Gefahr, dass eine Begrenzung auf 10 % aussereuropäische Beschaffungen dazu führt, dass die Schweiz in einem Konflikt in Europa keine ausreichenden Lieferungen von Munition und Ersatzteilen mehr erhält und die Armee ihre Schutzaufgabe nicht erfüllen kann? Wie will der Bundesrat in einem solchen Fall die Sicherheit der Schweiz gewährleisten?
26.7486	DE FR IT	Fra. Hurter Thomas. Sollten bei Rüstungsbeschaffungen nicht die besten Systeme beschafft werden, anstatt geografische Regionen als Kriterien zu bewerten? (3)	Mit der neuen Rüstungsstrategie legt der Bundesrat fest, in welchen Regionen wie viele Rüstungsgüter beschafft werden dürfen. Wäre es mit Blick auf einen möglichen hybriden Konflikt zwischen der NATO und Russland nicht sicherheitspolitisch sinnvoller, verstärkt ausserhalb Europas zu beschaffen, um im Ernstfall nicht von europäischen Nachschubliefungen abhängig zu sein?
26.7494	DE FR IT	Fra. Molina. Lösegeldzahlung der RUAG und Aufsicht des Bundes	Wie beurteilt der Bundesrat den Umstand, dass die RUAG als bundeseigenes Unternehmen ein Lösegeld an die Hackergruppe Akira bezahlt hat, ohne das VBS als Vertreter des Eigentümers Bund vorgängig zu informieren, und welche Konsequenzen zieht er daraus für die künftige Aufsicht über die RUAG?

26.7508	DE FR IT	Fra. Gaillard Benoît. Wie lassen sich die Folgen der Nachlässigkeit der RUAG vermeiden?	Die Bekanntgabe der Lösegeldzahlung an Cyberkriminelle durch die RUAG erhöht offensichtlich das Risiko künftiger Angriffe – für die RUAG, für alle mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport verbundenen Stellen und für den Bund im Allgemeinen, da die Kriminellen keinen Unterschied zwischen diesen Akteuren machen und sich der Eindruck verstärkt hat, dass diese zahlungsbereit sind. Wie gedenkt der Bundesrat diesem erhöhten Risiko entgegenzuwirken und den Schutz der strategischen Interessen der Schweiz zu stärken?
26.7513	DE FR IT	Fra. Zryd. RUAG lässt sich einfach erpressen	Das Bundesamt für Cybersicherheit empfiehlt ausdrücklich keine Lösegelder an Cyberkriminelle zu bezahlen. Weshalb konnte die RUAG ohne Absprache mit dem VBS, und entgegen dieser Empfehlung handeln, und sieht der Bundesrat Handlungsbedarf, um für bundesnahe Betriebe verbindliche Vorgaben für den Umgang mit Cyber- Erpressung zu schaffen?
26.7518	DE FR IT	Fra. De Ventura. Transparenz zur Lösegeldzahlung der RUAG	Aus welchen finanziellen Mitteln wurde die Lösegeldzahlung geleistet, wie hoch war der Betrag und ist der Bundesrat bereit, das Parlament und die Öffentlichkeit transparent über die finanziellen und sicherheitsrelevanten Folgen dieses Entscheids zu informieren?
26.7519	DE FR IT	Fra. De Ventura. Massnahmen zur Verhinderung eigenmächtiger Lösegeldzahlungen	Welche konkreten Massnahmen wird der Bundesrat ergreifen, um bei der RUAG und anderen bundesnahen Betrieben sicherzustellen, dass zukünftig keine Lösegeldzahlungen getätigt werden und gleichzeitig sicherheitsrelevante Daten besser geschützt sind?
26.7534	DE FR IT	Fra. Tuena. Lösegeldzahlung durch die RUAG an eine Hackergruppierung	Gemäss Aussagen in den Medien des Verwaltungsratspräsidenten der RUAG bezahlt die RUAG Lösegeld an eine Hackergruppierung. Wie war der Bundesrat als Eigner in diesen folgenschweren Entschluss einbezogen?
26.7535	DE FR IT	Fra. Tuena. Lösegeldzahlung durch die RUAG an eine Hackergruppierung	In Zusammenhang mit den Äusserungen des Verwaltungsratspräsidenten der RUAG bezüglich Lösegeldzahlung und dessen offene Kommunikation stellt sich folgende Frage: Wie beurteilt der Bundesrat als Eigner der RUAG die öffentliche Kommunikation der Lösegeldzahlung des Verwaltungsratspräsidenten an eine Hackergruppe?
26.7520	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Was passiert mit dem Projekt "RIGI"?	Gemäss Medienberichten werden neu nur drei anstatt vier F-35 in der Schweiz montiert (Projekt RIGI), weil Lockheed Martin nicht bereit sei, für vier zu bezahlen. Seit wann ist das VBS darüber informiert, was sind die genauen Gründe dafür und gibt es weitere Änderungen bei diesem Offset-Geschäft?
26.7581	DE FR IT	Fra. Tuena. Äusserungen des Verwaltungsratspräsidenten der RUAG zum Projekt RIGI	Gemäss Ausführungen des Verwaltungsratspräsidenten der RUAG in einem Radiogespräch werden beim Projekt RIGI statt wie bisher bekannt vier F-35A nur noch drei F-35A zusammengebaut. Warum wurde dieser Umstand den zuständigen Kommissionen des Parlaments vorenthalten?

26.7530	DE FR IT	Fra. Tuena. Wie gedenkt der Bundesrat die Munitionsversorgung für die Flugabwehr im Konfliktfall zu garantieren?	Diverse Szenarien gehen von einer hybriden Eskalation mit Russland in den nächsten Jahren aus. Wie gedenkt der Bundesrat im Konfliktfall die Munitionsversorgung für die Flugabwehr sicherzustellen, wenn die europäischen Staaten ihre eigene Munitionsversorgung priorisieren und die Schweiz nicht mehr beliefern würden?
26.7541	DE FR IT	Fra. Chollet. 150 Neonazis in Graubünden – welche Massnahmen können solche Versammlungen, die zu Hass und rassistischer Diskriminierung aufrufen, verhindern oder mit welchen kann man darauf reagieren?	Am 3. Mai wurde bekannt, dass sich rund 150 Neonazis in Graubünden versammelt haben, um den Geburtstag von Adolf Hitler zu feiern. Gewisse Personen aus dem Kreis der Organisatorinnen und Organisatoren scheinen für rassistische Diskriminierung und Antisemitismus bekannt sowie mit der rechtsextremen Gruppierung «Blood and Honour» verbunden zu sein. Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, oder beabsichtigt er zu ergreifen, um solche Veranstaltungen der extremen Rechten, die den Hass in der Schweiz schüren, zu verhindern oder um darauf zu reagieren?
26.7543	DE FR IT	Fra. Gartmann. Wie haben sich die Kosten für militärische Auslandseinsätze in den letzten 20 Jahren entwickelt?	Wie haben sich die Kosten für militärische Auslandseinsätze seit 2005 jährlich für die einzelnen Auslandseinsätze verändert und wie ist die Veränderung der jährlichen Gesamtkosten für Auslandseinsätze in dieser Zeit?
26.7548	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Labor Spiez: Weltweiter Hub für Biowaffen? Quelle: https://www.spiezlab.admin.ch/en/biologisches-sicherheitslabor-en	Das Biosicherheitslabor in Spiez ermöglicht den Umgang mit hoch ansteckenden und schwer behandelbaren Krankheitserregern der Kategorie 3 und 4. Gemäss Mitteilung vom 20.6.2025 stellt die Schweiz der WHO seit 2021 das Labor Spiez im WHO BioHub-System zur Verfügung ("erste WHO BioHub Facility weltweit"). Auch würden Proben "zur Weitergabe bereitgestellt". - Wie wird der Schutz der Bevölkerung sichergestellt? - Wem werden die Proben weitergeleitet? - Wie wird dabei das Proliferationsrisiko ausgeschaltet?
26.7549	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Biosicherheitslabor in Spiez: Fragen zur Waffenfähigkeit und Neutralität	Das Biosicherheitslabor in Spiez ermöglicht den Umgang mit humanpathogenen Erregern der Gefahrenkategorien 3 und 4. Wie beurteilt der Bundesrat die (Bio-) Waffenfähigkeit dieser hochansteckenden und schwer behandelbaren Krankheitserreger? Weiter stellen sich Fragen zur Neutralität. So wurde im Labor Spiez eine ukrainische Delegation empfangen, mithin eine Kriegspartei. - Nach welchen Kriterien erfolgen solche Einladungen? - Ist die Schweizer Neutralität dabei gewährleistet?
26.7573	DE FR IT	Fra. Theiler. Zur Abschaffung der Kaderbeurteilung 2	- Welche Faktoren waren für die Entscheidung zur Abschaffung der Kaderbeurteilung 2 ausschlaggebend? - Hat man dem Sachverhalt Rechnung getragen, dass dieses Verfahren wissenschaftlich validiert ist? - Welche Kosten- bzw. Ressourceneinsparungen werden mit dieser Abschaffung überhaupt erreicht? - Lässt sich damit der Verlust an wissenschaftlicher Qualität begründen?

26.7574	DE FR IT	Fra. Theiler. Zur Abschaffung der Kaderbeurteilung 2	Wie stellt der Bundesrat sicher, dass nach der Abschaffung der bisherigen Kaderbeurteilung die Auswahl höherer Unteroffiziere und Offiziere weiterhin nach einheitlichen, transparenten und objektiven Qualitätskriterien erfolgt?
26.7584	DE FR IT	Fra. Schilliger. Aufschub der Ausserdienststellung F-5 und die finanziellen Konsequenzen	National- und Ständerat haben die Ausserdienststellung des F-5 im vergangenen Jahr beschlossen. Muss nun durch die Annahme des Postulats 26.3021 mit einem Unterbruch der Ausserdienststellung und in der Folge mit welchen zusätzlichen jährlichen Kosten müsste gerechnet werden?
26.7592	DE FR IT	Fra. Farinelli. Mehrsprachigkeit in der Armee	Im Anschluss an die Antwort des Bundesrates auf meine Frage 26.7356: Kann der Bundesrat gewährleisten, dass in allen Territorialregionen die zuständigen Kommandanten in der Sprache, die von mindestens 40 Prozent der Dienstpflichtigen in der betroffenen Region gesprochen wird, mindestens über Kenntnisse auf dem Niveau B2 verfügen? Falls nein, in welchen Regionen ist dies nicht sichergestellt und welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen?

Justiz- und Polizeidepartement

26.7463	DE FR IT	Fra. Rechsteiner Thomas. Verwässerung des Schweizerkreuzes	Das IGE hat kürzlich die Praxis für Industrieprodukte gelockert: Das Schweizerkreuz darf auch verwendet werden, wenn die Produkte im Ausland produziert wurden, sofern sie in der Schweiz entwickelt wurden. 1. Wie kommt das IGE dazu, diese Praxisänderung ohne breite Konsultation zu beschliessen, hat es nicht seine Kompetenzen überschritten? 2. Teilt der BR meine Auffassung, dass damit ein Wettbewerbsvorteil für die erwünschte Produktion im Inland preisgegeben und der Konsument getäuscht wird?
26.7466	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Wiederkehrende Kritik an familienrechtlichen Gutachten	Richterliche Entscheide werden immer mehr an Gutachter delegiert. Die EKQMB überwacht die Qualität medizinischer Begutachtungen im Sozialversicherungsbereich. Angesichts wiederkehrender Kritik an familienrechtlichen Gutachten: Ist der Bundesrat bereit zu prüfen, ob die EKQMB oder eine vergleichbare nationale Fachstelle auch für familienrechtliche Begutachtungen zuständig sein sollte, um schweizweit einheitliche Qualitätsstandards und eine unabhängige Aufsicht sicherzustellen?
26.7467	DE FR IT	Fra. Imark. Verlängerung des Urlaubs für ausserschulische Jugendarbeit: Wie lange will das EJPD die Vorlage noch verzögern?	Die Motionen 23.3734 und 23.3735 zur Verlängerung des Urlaubs für ausserschulische Jugendarbeit wurden 2024 von beiden Räten einstimmig angenommen. Die Vernehmlassung lief bis zum 18. September 2025 – seither hat das EJPD keine weiteren Schritte kommuniziert. Wie erklärt der Bundesrat die Verzögerung von neun Monaten bei der Ausarbeitung einer simplen Botschaft? Bis wann ist mit einer entsprechenden Vorlage zu rechnen?

26.7473	DE FR IT	Fra. Dobler Loïc. Arbeitsbedingungen beim Staatssekretariat für Migration: Ein Wendepunkt für das Bundespersonal?	Laut einer internen Mitteilung des Staatssekretariats für Migration (SEM) soll eine demnächst in Kraft tretende Änderung der rechtlichen Bestimmungen es ermöglichen, Bundesangestellte bis zu sechs Jahre lang in einem befristeten Arbeitsverhältnis zu halten, wodurch ihnen der Schutz von Artikel 9 des Bundespersonalgesetzes entzogen würde. Das SEM streicht bereits zahlreiche Stellen. Aufgrund der vorgesehenen Änderung könnten alle Stellen ohne gesicherte Finanzierung gestrichen werden. Bestätigt der Bundesrat diese Änderung und welche Garantien sieht er für die betroffenen Arbeitnehmenden vor?
26.7474	DE FR IT	Fra. Prelicz-Huber. Non-Punishment-Prinzip	Das «Non-Punishment-Prinzip», verabschiedet 2023 von der Schweizerischen Staatsanwaltschaftskonferenz SSK, gilt im Bereich des Menschenhandels. Es will, dass Opfer von Menschenhandel für ihre Straftaten, die sie im Zusammenhang mit ihrer Eigenschaft als Opfer begehen, soweit möglich von einer Strafe befreit werden. Funktioniert das Prinzip im Bereich des Menschenhandels und wie weit kann es auf alle Opfer angewendet werden, die eine Strafanzeige aufgrund von Gewalterfahrung machen?
26.7476	DE FR IT	Fra. de Quattro. Beschleunigung der Wegweisungen von Personen mit unbefugtem Aufenthalt nach Marokko	Am 22. Mai 2026 haben die Schweiz und Marokko ein Abkommen zur Beschleunigung von Wegweisungen unterzeichnet. 1) Kann der Bundesrat bestätigen, dass das Staatssekretariat für Migration den Auftrag der vom Parlament angenommenen Motion 24.3373 erfüllt hat, die zwangsweise Wegweisungen per Sonderflug und auf dem Seeweg vorsieht? 2) Ist dies nicht der Fall, weshalb wurde der Wille des Parlaments nicht respektiert? 3) Ist in nächster Zeit ein formelleres bilaterales Abkommen geplant, wie es in der Motion 24.3373 gefordert wird?
26.7477	DE FR IT	Fra. de Quattro. Ist die Zusammenarbeit mit Algerien im Bereich der Wegweisungen wirklich so «ausgezeichnet»?	In einem NZZ-Artikel vom 4. Juli 2025 erklärte der Staatssekretär für Migration, die Zusammenarbeit mit Algerien sei « <i>seit einiger Zeit ausgezeichnet</i> ». 1) Kann der Bundesrat erklären, weshalb die Anzahl der algerischen Staatsangehörigen in der Wegweisungsphase nicht sinkt? Wann wird die Zahl endlich sinken? 2) Wie viele Laissez-passer wurden 2025 und im laufenden Jahr für algerische Staatsangehörige ausgestellt? 3) Wie viele Sonderflüge nach Algerien wurden organisiert, seit dieses Land solche Flüge zulässt?
26.7499	DE FR IT	Fra. Steinemann. Ukrainer werden neu vorläufig Aufgenommen	Dem online-Forum von SRF vom 10. April 2026 ist zu entnehmen, dass seit dem 1. November 2025 rund 100 Ukrainer abgewiesen wurden, aber in acht Fällen eine vorläufige Aufnahme verfügt wurde. - Welche Gründe haben zu diesen vorläufigen Aufnahmen geführt? - Wurde ein Asylverfahren durchgeführt und das Gesuch abgewiesen? - Wird ein Gesuch bei Ukrainern aus einem Gebiet, das nicht von Kriegshandlungen betroffen ist, nicht mit einem Nichteintretensentscheid erledigt? - Wie sind die aktuellen Zahlen?

26.7504	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie sind die Asylpendenzen abgebaut worden?	Seit 2024 seien die Asylpendenzen endlich von 11 000 auf 3000 reduziert worden, wird seitens des Departementsvorstehers betont. Das sei eine schnelle Erledigung. - Wie viele von diesen 8000 sind positiv beschieden worden? - Wie viele sind zwar abgewiesen, aber mit einer vorläufigen Aufnahme bedacht worden? - Wie viele sind untergetaucht? - Wie viele negative Entscheide sind angefochten worden? Wie viele sind am Bundesverwaltungsgericht hängig?
26.7510	DE FR IT	Fra. Feller. Erneuter Anstieg von Angriffen auf Geldautomaten?	In der Nacht vom 13. auf den 14. Mai 2026 wurde in Allschwil (BL) ein Geldautomat gesprengt. In der Nacht vom 31. Mai auf den 1. Juni 2026 wurde in Tramelan (BE) ein weiterer Geldautomat gesprengt. In der Nacht vom 8. auf den 9. Juni 2026 wurde in Oberwil (BL) ein dritter Geldautomat mit Sprengstoff angegriffen. Ist der Bundesrat angesichts der jüngsten Zunahme solcher Angriffe der Ansicht, dass die Schlussfolgerungen seines kürzlich erschienenen Berichts in Erfüllung des Postulats 23.4071 nach wie vor zutreffen?
26.7531	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Einschränken von Fangewalt in Stadien durch Rayonverbote oder andere Massnahmen	Das Abbrennen von Pyrotechnik in Stadien ist gesetzlich verboten, wird aber immer wieder missachtet. Dies schreckt viele Fans und Familien auch davon ab, an Spielen in Stadien teilzunehmen. Offenbar wird der Vollzug auch kantonal unterschiedlich gehandhabt. 1. Gilt das Hooligan-Konkordat schweizweit? 2. Welche Massnahmen gegen Gewalt in Stadien sind am effektivsten? 3. Was hält der Bundesrat von schweizweit personalisierten Tickets oder von elektronischen Eingangskontrollen?
26.7538	DE FR IT	Fra. Chollet. Wegweisungen nach Burundi: Europäischer Vergleich und Non-Refoulement-Prinzip	Die Schweiz ist eines der wenigen europäischen Länder, wenn nicht sogar das einzige, das zwangsweise Wegweisungen nach Burundi durchführt. Kann der Bundesrat dies bestätigen und angeben, welche anderen europäischen Staaten solche Wegweisungen vornehmen? Laut dem UN-Sonderberichterstatter für Burundi wird die Beantragung von Asyl im Ausland als illoyaler Akt gegenüber dem Regime angesehen, wodurch die weggewiesenen Personen der Gefahr der Verfolgung ausgesetzt sind. Wie beurteilt der Bundesrat diese Situation mit Blick auf das Non-Refoulement-Prinzip?
26.7544	DE FR IT	Fra. Locher. Systemwechsel setzt Baselbieter Gemeinden unter Druck	Gemäss Regionaljournal BS BL vom 9. Juni 2026 will der Bund die Sozialhilfe für Menschen mit Schutzstatus S nicht mehr bezahlen. Dagegen wehrt sich der Baselbieter Gemeindeverband, weil die Gemeinden einspringen müssen. Warum und auf welcher Grundlage kürzt der Bundesrat diese Gelder?

26.7550	DE FR IT	Fra. Jost. Stand der Umsetzung der Motion 21.4336 «Justice restaurative»	Die Mo 21.4336 wurde am 2. März 2022 an den Bundesrat überwiesen. Im April 2026 teilte das Bundesamt für Justiz mit, dass die ursprünglich für 2025 vorgesehene Ausarbeitung einer Vorlage aufgrund anderer Prioritäten verschoben werden musste. - Wann beabsichtigt der Bundesrat, die Arbeiten wieder aufzunehmen und abzuschliessen? - Bis wann ist mit der Eröffnung einer Vernehmlassung zu rechnen?
26.7551	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. Braucht es neue, teure Bundesasylzentren?	Staatssekretär Mascioli hält in den Medien fest, dass rund 20 % der Asylgesuche in der Schweiz offensichtlich unbegründet sind und dank beschleunigter Identifikation künftig weniger Personen ins Asylsystem gelangen sollen. Wenn der Bund selbst von einem sinkenden Bedarf ausgeht: Wie begründet der Bundesrat den Bau eines neuen BAZ im Kanton SZ für rund 25 Mio Franken, statt zunächst die bestehenden, noch freien Kapazitäten zu nutzen?
26.7557	DE FR IT	Fra. Jost. Arbeitsausbeutung als Straftatbestand: Wann liegen die Ergebnisse endlich vor?	Die Motion 20.3630 wurde vom Nationalrat im Jahr 2022 angenommen und ist seitdem im Ständerat hängig. Die Frage der Schaffung eines eigenständigen Straftatbestands gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft wird gemäss Nationalem Aktionsplan gegen Menschenhandel im Rahmen der Massnahme 4.1.2 geprüft. Laut Monitoringbericht (Apr. 2026) liegt der Prüfbericht des Bundesamtes für Justiz vor und wird departementsintern geprüft. Wann ist mit der Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Prüfung zu rechnen?
26.7560	DE FR IT	Fra. Bischof Edgar. Wäre eine Anpassung der Strafprozessordnung für Terror Gefährder oder Schwerstkriminelle nicht überfällig?	Der NDB warnt seit Jahren vor erhöhter Terrorgefahr. Nun liess der Winterthurer Messerangreifer (Terror Gefährder) seine Geräte versiegeln. - Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass es endlich angezeigt wäre, dass Geräte von Terroristen und Schwerstkriminellen zur Prävention von weiteren Straftaten rasch ausgewertet werden können? - Wie könnte eine solche Anpassung aussehen?
26.7575	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie wirkt sich die Afghanistan-Praxisänderung aus?	- Wie viele anerkannte Flüchtlinge aus Afghanistan waren Ende 2020 verzeichnet? - Wie viele waren es Ende 2025 bzw. wie viele sind es momentan? - Wie ist das Verhältnis der Geschlechter? - Wie viele Personen durften seit der Praxisänderung als Familiennachzug einreisen? - Wie ist das Verhältnis der Geschlechter?
26.7576	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie wirkt sich die Änderung der Asylpraxis zu Afghanistan aus?	- Wie viele jener Afghanen und insbesondere Afghaninnen, die seit der Praxisänderung als Flüchtlinge anerkannt wurden, waren schon vorher in der Schweiz? Unter welchem Titel? - Wie viele sind seit der Praxisänderung neu in die Schweiz eingereist? Wie viele davon waren zuvor in Drittstaaten und wie viele kamen direkt aus Afghanistan, um hier um Asyl zu ersuchen?

26.7586	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie viele Flüchtlinge lebten vorher in Drittstaaten?	Die Veröffentlichung eines neuen Gerichtsentscheids (E-2274/2020, Abteilung V des Bundesverwaltungsgerichts) zeigt auf, wie Asylbewerber vorher teils jahre- oder gar jahrzehntelang in Drittstaaten gelebt haben, bevor sie neu in die Schweiz einreisen und hier einen Asylantrag stellen. Wie viele der in den letzten fünf Monaten, also von 1. Januar bis 31. Mai 2026, anerkannten Flüchtlinge lebten zuvor in einem anderen Staat als jener seiner Staatsangehörigkeit?
26.7588	DE FR IT	Fra. Arslan. Massnahmen gegenüber in der Schweiz ansässigen multinationalen Unternehmen zur Sicherstellung der Menschenrechte	Welche Massnahmen ergreift oder plant der Bundesrat gegenüber in der Schweiz ansässigen multinationalen Unternehmen wie Nestlé, um sicherzustellen, dass entlang ihrer internationalen Geschäftstätigkeit die Menschenrechte, die Gewerkschaftsfreiheit und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten werden?
26.7590	DE FR IT	Fra. Freymond. Welche Aktivitäten übt die Muslimbruderschaft in der Schweiz aus?	Ist dem Bundesrat bekannt, ob im Schengener Informationssystem (SIS), bei Interpol oder bei anderen internationalen Partnern Ausschreibungen zu in der Schweiz wohnhaften Personen mit Verbindungen zur Muslimbruderschaft vorliegen, und falls ja, kann er angeben, ob die entsprechenden Informationen zu Ermittlungen oder Massnahmen seitens der Schweizer Behörden geführt haben?
26.7593	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Rekordstand bei Terrorverfahren: Was tut der Bundesrat, um die Bevölkerung zu schützen?	Gemäss Bundesanwaltschaft steigt die Terrorgefahr in der Schweiz unaufhaltsam an. Der Bund habe die innere Sicherheit lange vernachlässigt, was der Fall Winterthur beweist. Aktuell laufen über 140 Terrorverfahren, die meisten mit jihadistischen Hintergrund. Ein trauriger Rekord! - Wie hoch ist der Anteil Gefährder/Terroristen, die illegal/via Asylgesuch in die Schweiz gelangt sind? - Wie hoch ist der Anteil Ausländer und Doppelbürger? - Was tut der Bundesrat, um die Bevölkerung wirksam zu schützen?
26.7594	DE FR IT	Fra. Freymond. Tourismus in landwirtschaftlichen Zonen. Wer haftet, wenn sich ein Unfall ereignet?	Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die geltenden Vorschriften zur zivilrechtlichen Haftung, insbesondere Artikel 56 des Obligationenrechts, angesichts der zunehmenden Vermischung von landwirtschaftlichen Tätigkeiten sowie touristischen und Freizeitaktivitäten in den Alpengebieten noch angemessen sind? Hält er eine Überprüfung der Verteilung der Haftung auf Landwirt, Veranstalter und öffentliche Hand für erforderlich?
26.7598	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Abschreibungsentscheid des Bundesverwaltungsgerichts vom 20.11.2025; E-2274/2020; Haftungsfolgen nach Art. 8 VG	Mit Entscheid vom 20.11.2025 hat das Bundesverwaltungsgericht das SEM zur Bezahlung einer Parteientschädigung als Verursacherin der Gegenstandslosigkeit verurteilt. Das SEM habe die Beschwerdeführerin in einer Art und Weise zum Beschwerderückzug veranlasst, die mit dem Devolutiveffekt kaum zu vereinbaren sei. Das SEM habe Erwartungen geschürt, die mit dem Verfahrens- und Asylrecht nicht zu vereinbaren sind. Wurde der verantwortliche SEM-Mitarbeiter regressweise belangt? Falls nein, warum nicht?

26.7601	DE FR IT	Fra. Freymond. Wölfe, Vieh und Freizeitaktivitäten: Wer haftet bei einem Unfall?	Die zunehmende Nutzung der Alpen durch Leute, die Wandern, Mountainbiken oder ihre Freizeit auf andere Weise verbringen, erhöht das Risiko von Konflikten mit dem Vieh, während die Anwesenheit des Wolfes oft dazu führt, dass sich die Herden defensiver verhalten. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die geltenden Vorschriften zur zivilrechtlichen Haftung angesichts dieser Entwicklung noch angemessen sind? Wer sollte die Hauptverantwortung tragen, wenn es zu einem Unfall kommt?
26.7604	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. 24-Stunden-Asylverfahren: Wie viele haben die Schweiz wirklich verlassen?	Gemäss Medienmitteilungen des SEM haben sich die 24-Stunden-Asylverfahren bewährt. - Wieviele Asylgesuche wurden seither in einem solchen Verfahren erledigt (pro Jahr)? - Durchschnittliche Verfahrensdauer (pro Jahr)? - Erledigungsart (pro Jahr)? Nationalitäten (pro Jahr)? - Wie viele der Gesuchsteller haben das Land kontrolliert verlassen (pro Jahr)? - Wo halten sich die übrigen Gesuchsteller auf?
26.7608	DE FR IT	Fra. Paganini. Widerrechtliche Rechtsberatung durch das SEM	Diese Woche wurde publik, dass das SEM einer afghanischen Frau, deren Asylgesuch zuvor abgelehnt wurde, geraten hat, Ihre Beschwerde vor Verwaltungsgericht zurückzuziehen mit der Aussicht, aufgrund der Praxisänderung für Asylbewerberinnen aus Afghanistan mit einem erneuten (Mehrfach-) Gesuch Asyl zu erhalten. Auch in weiteren Teilen ist die bundesgerichtliche Kritik am Vorgehen des SEM vernichtend. Wie beurteilt der Bundesrat diese Einmischung der Vorinstanz in ein hängiges Beschwerdeverfahren?
26.7613	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Asyl-Zusicherung für Afghanin: Hat Bundesrat Jans im Nationalrat die Wahrheit gesagt?	Wie aus einem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts vom 20.11.25 hervorgeht (E-2274/2020), stellte das SEM einer Afghanin in Aussicht, ein (neues bzw. weiteres) Asylgesuch anhandzunehmen und gutzuheissen, ohne dieses vorher geprüft zu haben. O-Ton SEM: "damit wir wiedererwägungsweise Asyl gewähren können." Das Gericht sah darin ein "vorgefasstes Motiv der Asylgewährung". Wie verträgt sich dies mit der Beteuerung von Bundesrat Jans, dass jedes Afghaninnen-Gesuch individuell geprüft werde?
26.7616	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Wird kriminellen Ukrainern der Schutzstatus S (nicht) entzogen?	Gemäss Polizeilicher Kriminalstatistik wurden 2025 in der Schweiz 1'891 ukrainische Kriminelle verzeichnet (StGB/BetmG/AIG). - Wie viele davon beziehen Sozialhilfe? Wie vielen davon wurde der Schutzstatus S in der Folge entzogen? - Wie oft und aus welchen Gründen wurde der Schutzstatus S seit dessen Einführung widerrufen?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

26.7462	DE FR IT	Fra. Rechsteiner Thomas. Schönfärberische Wirtschaftsprognosen des Seco	Gem. neuesten Wirtschaftsprognosen des Seco befindet sich die (Pharma-)Wertschöpfung nach wie vor auf hohem Niveau. Dabei sieht es für die Pharmaindustrie eher düster aus. 1. Warum negiert das Seco, dass die reale Wertschöpfung der chemisch-pharmazeutischen Industrie im Q1/26 um 3,4 % gesunken ist? 2. Ist dem BR bewusst, dass die Pharmabranche im Q1/26 zum vierten Mal in Folge geschrumpft ist und das Wertschöpfungsniveau um 20 % tiefer liegt als vor dem Liberation Day am 2. April 2025?
26.7482	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Mercosur-Rindfleischkontingente	Kann der Bundesrat bestätigen, dass: Für die Freigabe der zusätzlichen Mercosur-Rindfleischkontingente die bestehende Praxis der Importregelung der WTO-Kontingente auf Basis von Art. 48 LwG analog angewendet wird. Es sind dies: Vorgaben bezgl. Versteigerung und Inlandleistung, Bestimmungen bzgl. der Importperioden sowie die Anhörung interessierter Kreise vor der Freigabe.
26.7483	DE FR IT	Fra. Glur. Mercosur-Kontingent Rindfleisch	Die Schweiz gewährt den Mercosur-Staaten u.a. bedeutende Null-Zoll-Kontingente auf Fleisch. Insbesondere die 3'000 Tonnen Rindfleisch stellen für die Produzenten eine grosse Herausforderung dar, da die Fleischkontingente zusätzlich zu den bestehenden WTO-Kontingenten gewährt wurden. Kann der Bundesrat bestätigen, dass die im Abkommen vereinbarten Tariflinien für Rindfleisch in einem separaten Mercosur-Kontingent «Rindfleisch» in Kategorien gemäss dem Vorschlag der Branche freigegeben werden?
26.7488	DE FR IT	Fra. Durrer. Einsatz von KI an der schriftlichen Abschlussprüfung.	Seit 2026 kann das schriftl. QV in der kaufm. Grundbildung EFZ mit KI gelöst werden. Die Lernenden "prompten" die Fragen, laden die Antworten hoch und die Lehrpersonen korrigieren KI-generierte Lösungen. Wie steht der Bundesrat dazu, dass das schriftl. QV im KV mit KI gelöst wird und so kaum Auskunft darüber gibt, was die Lernenden während 3 Jahren gelernt haben oder ist das Ziel der kaufm. Reform, dass in den schriftlich geprüften HKBs B, C und E nur noch die "Prompt-Kompetenz" geprüft wird?
26.7493	DE FR IT	Fra. Töngi. Die Abhängigkeit von ausländischen Düngemitteln wird teurer – hat der Bundesrat einen Plan zur Erhöhung der Selbstversorgung?	Die Blockade der Strasse von Hormus verknappt das Angebot an Mineralölprodukten, inkl. Dünger und treibt weltweit die Preise in die Höhe. Noch ist unsere Versorgung sichergestellt. Angesichts der Abhängigkeiten, Unsicherheiten und teilweise signifikanten Stickstoff- bzw. Phosphorüberschüsse in der Schweiz: Verfolgt der Bundesrat eine Strategie zur Selbstversorgung mit Dünger, um die Abhängigkeit vom Ausland sowie die Überschüsse im Inland zu reduzieren? Wenn ja, bis wann? Wenn nein, warum nicht?

26.7503	DE FR IT	Fra. Weichelt. Unangebrachte Verhaltensweisen an der ETH	Die ETH hat in den letzten Jahren die Ressourcen/Meldestellen betreffend Diskriminierungen aller Art (mobbing, sexuelle Belästigung, usw). ausgebaut. Allerdings scheint sich dadurch der Umgang mit unangebrachten Verhaltensweisen nicht verbessert zu haben (vgl. Fall Crowther, und Fall M-Tech Prof.), was u.a. regelmässig zu rufschädigenden Medienberichten führt. Wie gedenken ETH und WBF die Wirksamkeit und Zusammenarbeit der diversen Meldestellen zu verbessern und öffentlich zu dokumentieren?
26.7509	DE FR IT	Fra. Gaillard Benoît. Cloud and AI Development Act (CADA): Wie kann für die Schweiz die bestmögliche Stufe erreicht werden?	Die EU-Kommission hat den Verordnungsvorschlag CADA zu Cloud Computing und KI angenommen. Dieser Verordnungsvorschlag sieht mehrere «Union Assurance Levels» vor, die vorgeben, welche Anbieter für bestimmte öffentliche Aufgaben oder öffentliche Beschaffungen zulässig sind. Ein Drittstaatenanbieter kann Stufe 3 von 4 erreichen. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass Schweizer Anbieter nach der Verabschiedung des Gesetzes für Stufe 3 anerkannt werden?
26.7607	DE FR IT	Fra. Gugger. Digitaler Gaststaat – Wirklich?	Gemäss dem vorgeschlagenen Art. 18 des EU-CADA sollen Anbieter aus Drittländern Zugang zu öffentlichen Aufträgen erhalten, sofern u. a. ein Angemessenheitsbeschluss vorliegt (die Schweiz verfügt über einen solchen). Hat der Bundesrat Schritte unternommen, damit die Schweiz als assoziiertes Drittland anerkannt wird? So würden internationale Organisationen und deren Leistungserbringer nicht gezwungen sein, zu zertifizierten ausländischen Anbietern zu migrieren.
26.7514	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Wie bewertet der Bundesrat die französische Studie zum pestizidfreien Ackerbau?	Eine 10-jährige Studie des französischen Forschungsinstituts INRAE (Februar 2026) zeigt: Der Anbau von Kulturpflanzen ohne Pestizide ist unter bestimmten Bedingungen technisch und wirtschaftlich machbar. Es erfordert eine Diversifizierung der Fruchtfolgen, den Aufbau von Vermarktungskanälen und die Bestimmung des wirtschaftlichen Werts der erzeugten Produkte. Welche Schlüsse zieht der Bundesrat aus der Studie, bezüglich einer ganzheitlichen Agrar- und Ernährungspolitik in der Schweiz (AP 2030+)?
26.7532	DE FR IT	Fra. Gugger. Eine neue Studie zeigt auf, dass 100% nachhaltiger Pflanzenschutz mehr Chancen als Risiken birgt – welche Erkenntnisse zieht der Bund daraus, für die Schweiz?	Für eine Studie zu den erwarteten Auswirkungen einer Umgestaltung der landwirtschaftlichen Schädlingsbekämpfung wurden 473 Expert:innen befragt. Das Ergebnis vom Dez. 2025: Die Verringerung des Pestizideinsatzes hat langfristig positive Folgen, auch ökonomisch. Die grössten Vorteile liegen in den Bereichen «Umwelt» und «menschliche Gesundheit». - Hat der Bundesrat Kenntnis dieser Studie aus Frankreich? - Welche Erkenntnisse und Chancen zieht er aus den Ergebnissen, für die CH?

26.7524	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Graubündens Wohnraumförderung als Vorbild für andere Kantone?	Seit Anfang 2026 kennt Graubünden ein neues Instrument zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus: Neben den Fonds de Roulement-Darlehen aus der Bundesförderung gewährt der Kanton gemeinnützigen Wohnbauträgern zusätzliche Darlehen. Die Voraussetzungen sind gleich wie bei der Bundesförderung und stützt sich auf bestehende Strukturen. - Ist auch für andere Kantone ein derartiges System empfehlenswert? - Gibt es andere Kantone, die ergänzende Darlehen für gemeinnützige Wohnbauträger prüfen/einführen?
26.7528	DE FR IT	Fra. Prelicz-Huber. Umfrage zu «Culture of Respect Survey» an der ETH	Die EPFL hat 2021 die folgende Umfrage zu «Culture of Respect Survey» an der EPFL gemacht: https://www.epfl.ch/about/respect/wp-content/uploads/2025/02/Respect_Survey_Report.pdf , die wertvolle Informationen zur Kultur an der EPFL liefert. Plant die ETH eine vergleichbare Studie; wenn ja, wann und wenn nein, warum nicht?
26.7539	DE FR IT	Fra. Badertscher. Zwangsarbeit in Malaysia: UNO-Experten warnen	Im November 2025 warnten Experten des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte vor der Situation von Arbeitsmigrantinnen in Malaysia. Trotzdem sieht das aktuell behandelte FHA keine griffigen Instrumente vor, um das Problem einzudämmen oder den Import von Produkten aus Zwangsarbeit in die Schweiz zu unterbinden. 1. Wie beurteilt der Bundesrat die Warnung der UN-Experten? 2. Könnte eine Zwangsarbeitsverordnung verhindern, das betroffene Produkte in die Schweiz importiert werden?
26.7545	DE FR IT	Fra. Töngi. Mietpreisentwicklung entgegen Zinsentwicklung	2023 stieg der Referenzzinssatz zwei Mal. In den darauffolgenden vier Quartalen erhielten 51.5 Prozent der Mietenden eine Mietzinserhöhung. 2025 sank der Referenzzinssatz zwei Mal. In den darauffolgenden vier Quartalen erhielten 24.5 Prozent der Mietenden eine Mietzinssenkung. - Wie beurteilt der Bundesrat diese ungleiche Verteilung von Auf- und Abschlagen? - Mit welchen politischen Massnahmen will der Bundesrat diesem Effekt entgegenwirken?
26.7546	DE FR IT	Fra. Baumann. Treibhausgasemissionen sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken, jedoch nicht in der Landwirtschaft – was tut der Bund?	Der Bundesrat publizierte im April das Treibhausinventar 2024: In fast allen Sektoren sank der Treibhausgasausstoss, unter anderem in der Landwirtschaft blieb er jedoch «in etwa konstant». Inzwischen zeigt sich klar, welche grosse Herausforderungen die Klimaerhitzung für die Landwirtschaft darstellt. - Wie packt die AP 2030+ diese Herausforderungen an? - Wann wird das nächste Treibhausinventar publiziert und welche Reduktionen setzt sich der Bundesrat zum Ziel, etwa im Agrar- und Ernährungssektor?

26.7564	DE FR IT	Fra. Glur. BIP pro Kopf und Produktivität	Das SECO stellt in seiner Kommunikation zur Wirtschaftsentwicklung primär das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den Vordergrund. Das BIP pro Kopf und das BIP pro Arbeitsstunde, welche für die Beurteilung von Wohlstand und Produktivität zentral sind, werden hingegen kaum ausgewiesen. Kann der Bundesrat veranlassen, dass das SECO in seinen Medienmitteilungen und Publikationen künftig neben dem BIP-Wachstum auch das BIP pro Kopf und das BIP pro Arbeitsstunde prominent ausweist?
26.7570	DE FR IT	Fra. Rechsteiner Thomas. Schweizerischer Nationalfonds SNF: Keine Zweckentfremdung	Im Rahmen der «Toxic Tours» der Universität Lausanne werden Industrieunternehmen und industrielle Standorte als Beispiele für Umweltbelastungen thematisiert und besucht. Das Projekt wird vom SNF unterstützt. 1. Wie stellt der BR sicher, dass die Mittel des SNF von jährlich rund 1,2 Mia Franken für wissenschaftliche Forschung und Wissensvermittlung eingesetzt werden und nicht für Formate, die primär dem politischen Lobbying dienen? 2. Trifft diese Voraussetzung für die oben erwähnten «Toxic Tours» zu?
26.7577	DE FR IT	Fra. Theiler. Änderung der Weinverordnung	Mit der geplanten Änderung der Weinverordnung sollen Zollkontingente künftig an eine Inlandleistung gekoppelt werden. Wie begründet der Bundesrat, dass ein derart weitreichender Eingriff in Wettbewerb und Marktstruktur nur auf Verordnungsstufe erfolgen kann, ohne dass hierfür eine gesetzliche Grundlage und eine parlamentarische Beratung erforderlich sind?
26.7578	DE FR IT	Fra. Theiler. Änderung der Weinverordnung	Ist der Bundesrat bereit, auf die Verordnungsänderung zu verzichten und dem Parlament eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, falls er an einer derart grundlegenden Neuregelung der Weinimportkontingente festhalten will?
26.7589	DE FR IT	Fra. Arslan. Vorwürfe gegen Nestlé hinsichtlich Verletzungen der Arbeitsrechte in Kolumbien	Welche Kenntnisse hat der Bundesrat über die Vorwürfe gegen Nestlé in Kolumbien hinsichtlich gewerkschaftsfeindlicher Praktiken, Verletzungen von Arbeitsrechten sowie der historischen Vorwürfe einer Mitverantwortung an der Gefährdung von Gewerkschafter:innen, und wie beurteilt er diese?
26.7591	DE FR IT	Fra. Bühler. Arbeitslosenversicherung und Grenzgänger	Die Debatte zur Änderung der Arbeitslosenversicherung (ALV) für Grenzgängerinnen und Grenzgänger, welche die Europäische Union der Schweiz auferlegen will, führt zu Entrüstungstürmen. 1. Wie hoch ist ungefähr der Betrag der ALV-Beiträge, der jährlich von der Lohnsumme der Grenzgängerinnen und Grenzgänger abgezogen wird (z. B. im Jahr 2025)? 2. Wäre es möglich, durch eine Gesetzesänderung zu bewirken, dass diese Beiträge nicht mehr erhoben werden und keine Entschädigungen an Grenzgängerinnen und Grenzgänger mehr entrichtet werden müssen? 3. Um wie viel müsste der ALV-Beitrag erhöht werden, um einen solchen Verlust auszugleichen?

Finanzdepartement

26.7478	DE FR IT	Fra. Dobler Marcel. Welche Gebühren und Abgaben belasten Bevölkerung und Unternehmen erheblich?	Bevölkerung und Unternehmen werden zusehends von Gebühren und Abgaben belastet (höhere Teilzweckbindung bei der CO2-Abgabe, Netzzuschlag, Lohnzuschläge usw.). - Welche Abgaben (Gebühren, Abgaben, Lenkungsabgaben, Zuschläge etc.) führen zu Bruttoeinnahmen von mehr als 100 Mio pro Jahr? - Wie hoch sind die Bruttoeinnahmen dieser Abgaben? - Erfüllen diese Abgaben die verfassungsmässigen Anforderungen oder handelt es sich teilweise auch de facto um Steuern ohne ausreichende Verfassungsgrundlage?
26.7480	DE FR IT	Fra. Marchesi. Abgabe oder Steuer? Bundesbern soll Klarheit in Bezug auf das italienische Gesundheitssystem schaffen.	Ein vom Staatsrat des Kantons Tessin in Auftrag gegebenes Gutachten stuft die italienische «Gesundheitsabgabe» für Grenzgängerinnen und Grenzgänger als Steuer ein, die gegen die geltenden Abkommen verstösst und die Tessiner Regierung veranlassen könnte, die Ausgleichszahlungen an Italien auszusetzen. Der Bundesrat stuft das Instrument hingegen als Abgabe ein (26.3205). Diese Auslegung befeuert heftige Spekulationen. Auf welche rechtlichen Grundlagen stützt sich der Bundesrat dabei? Gedenkt er, allfällige interne oder externe Gutachten oder rechtliche Einschätzungen zu veröffentlichen?
26.7492	DE FR IT	Fra. Wyss. Schulsport nicht dem Entflechtungsprojekt opfern	Im Rahmen des Entflechtungsprojekts wird vorgeschlagen, die Bundesvorgaben zum obligatorischen Schulsport aufzuheben. - Sieht der Bundesrat die Gefahr, dass Kantone den Schulsport abbauen könnten? - Erachtet er dies angesichts der steigenden Gesundheitskosten finanz- und gesundheitspolitisch als nachhaltig? - Wie hoch schätzt er die mittel- und langfristigen Folgekosten einer geringeren Bewegungsförderung bei Kindern und Jugendlichen ein?
26.7511	DE FR IT	Fra. Zryd. Sportunterricht in Gefahr	Mit der Entflechtung des Schulsports von Bund in Richtung Kantone, gefährdet der Bund die Einhaltung der drei Lektionen Sportunterricht pro Woche für alle schulpflichtigen Kinder und Jugendliche. Wieso ist der Bund bereit, auf dem Buckel der Gesundheit und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter, massive Abstriche zu machen?
26.7525	DE FR IT	Fra. Barandun. Mögliche Abschaffung des Schulsportobligatoriums (Entflechtung 27) - gute Idee?	Weshalb soll das Schulsportobligatorium aus dem Bundesgesetz gestrichen werden, obwohl Bewegung und Sport nachweislich wichtige Beiträge zur Gesundheit und Entwicklung von Kindern und Jugendlichen leisten?
26.7526	DE FR IT	Fra. Schmezer. Der Bund lässt Schulkinder im Stich	Entflechtung 27 will das Schulsportobligatorium streichen. Sport, Bewegung, körperliche Betätigung sind von entscheidender Bedeutung für die Gesundheit und die Entwicklung von jungen Menschen. Wie beurteilt der Bund vor diesem Hintergrund die Signalwirkung dieser Abschaffung angesichts zunehmender Bewegungsarmut bei Kindern und Jugendlichen?

26.7558	DE FR IT	Fra. Brizzi. Projekt "Entflechtung 27" und Schulsportobligatorium	Welchen Nutzen hat der Schulsport bzw. Sportunterricht, insbesondere in Bezug auf den zunehmenden Bewegungsmangel und die gesundheitlichen Herausforderungen bei Kindern und Jugendlichen.
26.7565	DE FR IT	Fra. Huber. Projekt «Entflechtung 27» zur möglichen Abschaffung des Schulsportobligatoriums bzw. der Sportstunden	- Wie stellt der Bund sicher, dass Schülerinnen und Schüler in allen Kantonen weiterhin einen angemessenen Zugang zu Sport und Bewegung erhalten? - Ist sich der Bundesrat bewusst, dass ein regelmässiger und gezielter Schulsport ein wichtiger Betrag für die körperlichen Gesundheit der Kinder ist oder sein kann?
26.7567	DE FR IT	Fra. Bally. Abschaffung Schulsportobligatorium - wie werden schweizweit Schulsportstunden gewährleistet?	Wie wird gewährleistet, dass finanzschwächere Kantone oder Gemeinden den Schulsport nicht aus finanziellen Gründen reduzieren, bzw. welche Mindeststandards im Bereich Bewegung und Sport sollen künftig schweizweit gelten, falls die bundesrechtliche Verpflichtung entfällt?
26.7571	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Abschaffung des Schulsportobligatoriums	Im Projekt «Entflechtung 27» ist eine Abschaffung des Schulsportobligatoriums vorgesehen: - Besteht bei dieser Massnahme nicht die Gefahr, dass sich die Qualität und der Umfang des Schulsports (Sportstunden) zwischen den Kantonen stark unterscheiden werden? - Welche finanziellen Einsparungen werden durch die Streichung des Schulsportobligatoriums tatsächlich erwartet, wenn die Kantone den Sportunterricht bereits heute vollständig finanzieren?
26.7572	DE FR IT	Fra. Piller Carrard. Streichung des obligatorischen Sportunterrichts in der Schule. Auswirkungen auf die Gesundheitskosten	Mit dem Projekt «Entflechtung 27» will der Bundesrat die Pflicht, drei Lektionen Sport in der Schule zu unterrichten, aus dem Bundesrecht streichen und die Kompetenz zur Festlegung der Stundenzahl an die Kantone delegieren. Auch wenn das Parlament die Massnahme als Thema der öffentlichen Gesundheit unterstützt: Es ist zu befürchten, dass sich die Kinder und Jugendlichen dadurch weniger bewegen. Hat der Bundesrat bei der Bewertung der Massnahme berücksichtigt, dass ein Mangel an Bewegung langfristig zu einem Anstieg der Gesundheitskosten führen kann?
26.7542	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Kann die Erhebung zur Rückerstattung der Mineralölsteuer für die Landwirtschaft mit der Agrardatenerhebung kombiniert werden?	Die Landwirtschaftsbetriebe müssen jeweils im 1. Quartal des Jahres die Agrardaten in den jeweiligen Systemen erfassen. Es wäre effizient, wenn gleichzeitig auch die Daten für die Rückerstattung der Mineralölsteuer in demselben System erfasst werden könnten. Ist dies zeitlich und technisch möglich?
26.7554	DE FR IT	Fra. Jost. Reinigungsbedarf Budget 2027	Frau Bundesrätin Keller-Sutter stellte in der Debatte zur Staatsrechnung 2025 fest, dass kein zusätzlicher Reinigungsbedarf für das Budget 2027 vorhanden ist. Gibt es laufende Sparprogramme, welche noch nicht im Rahmen des EP27 umgesetzt wurden? Wenn ja, welche?

26.7555	DE FR IT	Fra. Addor. Sollte das operative Personal des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit nicht weiterhin der Militärjustiz unterstehen?	Innerhalb weniger Tage wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) zunächst über das plötzliche Ende der Militärjustiz für die Grenzwächterinnen und -wächter (inklusive der laufenden Verfahren), und dann über die vorläufige Beibehaltung informiert. Für das Parlament stellt diese Verwirrung eine Gelegenheit dar, um sich ernsthaft mit einer Frage auseinanderzusetzen, die bislang noch nicht (oder zumindest nicht gründlich) diskutiert worden ist: Soll das operative Personal des BAZG künftig der Militärjustiz unterstellt sein? Wie beurteilt dies der Bundesrat?
26.7559	DE FR IT	Fra. Badertscher. Vergabe der Importkontingente für Brotgetreide	Bei der Vergabe der Importkontingente für Brotgetreide herrschen seit Monaten Verhältnisse wie bei Rolling Stones Konzerten. Die Kontingente sind jeweils innert Millisekunden ausgeschöpft. Dies führt zu Zufälligkeiten bei der Zuteilung – kleinere Betriebe mit schwächerer Internetanbindung sind benachteiligt. Ist der Bundesrat bereit zu prüfen, wie dies behoben werden kann? Z.B. indem die in den ersten 30 Sekunden eingegangenen Anträge als gleichzeitig vom BAZG angenommen behandelt werden?
26.7569	DE FR IT	Fra. Andrey. Werden öffentliche Beschaffungen auf ihre schädigende Wirkung auf die Biodiversität überprüft?	Am 19. November 2025 nahm der Bundesrat den Zwischenbericht zur Beschaffungsstrategie 2021-2030 zur Kenntnis. Darin wird das Optimierungspotenzial bezüglich der Nachhaltigkeit von Beschaffungen unterstrichen (S. 27). Im Bereich Umwelt wird die Beschaffungsstrategie durch die Strategie Biodiversität Schweiz ergänzt. - Werden Beschaffungen auf ihre schädigenden Wirkungen für die Biodiversität überprüft? - Wenn ja, wie und wo werden die Ergebnisse dieser Prüfungen publiziert? Wenn nein, warum nicht?
26.7585	DE FR IT	Fra. Walti Beat. Kapitalmarktregulierung und Kreditversorgung der Wirtschaft	Laut Financial Times vom 26.5.26, gestützt auf eine Studie von Alvarez & Marsal, ermöglicht Deregulierung bei den Kapitalanforderungen von US- und UK-Banken eine höhere und günstigere Kreditvergabe an Unternehmen. In der Schweiz unterliegen Banken hingegen immer stärkeren Einschränkungen. Ist sich der Bundesrat der nachteiligen Folgen bewusst, welche ein solch restriktiver Kurs auf die Kreditversorgung und Finanzierungskosten der Realwirtschaft, und damit auf Investitionen und Wachstum hat?
26.7587	DE FR IT	Fra. Addor. Zuständige Rechtsprechung für die Grenzwächterinnen und Grenzwächter: Sind die Gründe für die Unterstellung unter die Militärjustiz noch immer aktuell?	1. Seit wann unterstehen Strafverfahren gegen Grenzwächterinnen und -wächter der Militärjustiz? 2. Welche Gründe rechtfertigten damals diese Unterstellung? 3. Gelten diese Gründe nach wie vor für das uniformierte Personal des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit, das operativ tätig ist?

26.7610	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. BAZG-Zentralisierung: Es braucht klare Antworten!	Die gleichlautende Antwort auf meine Fragen 26.7416 und 26.7417 zur Weiterentwicklung des BAZG ist gespickt von Floskeln. Ich erwarte klare Antworten: - Welche Folgen hat die Neuzuteilung von Graubünden zur Region Süd per 1.8.2026 für die Arbeitsplätze in der Zentrale Chur? - Müssen wir tatsächlich davon ausgehen, dass alle 41 Arbeitsplätze in Gefahr sind? Wenn ja, wird der operative Einsatz an den Kantonsgrenzen um diese Stellen verstärkt? - Bis wann wird Klarheit zum weiteren Vorgehen geschaffen?
26.7612	DE FR IT	Fra. Addor. Befugnis des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit, bei Ausländerinnen und Ausländern ohne Identitätsnachweis eine vollständige körperliche Durchsuchung durchzuführen	1. Sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit befugt, bei Ausländerinnen und Ausländern, die ohne Identitätsnachweis aufgegriffen werden, eine vollständige körperliche Durchsuchung durchzuführen? 2. Wenn nein, aus welchem rechtlichen Grund nicht? 3. Hält es der Bundesrat gegebenenfalls nicht für erforderlich, unverzüglich die gesetzlichen Anpassungen vorzuschlagen, die für eine Verankerung dieser Befugnisse nötig sind?